Beschluss des Landrats vom 11.06.2026

Nr. 1846

4. Petition «Windkraft kann's»
2026/3371; Protokoll: gs, tvr

Die Petition «Windkraft kann's» mit 839 Unterschriften, so sagt Kommissionspräsident **Tobias Beck** (EVP), fordert von Regierungsrat und Landrat erstens, die Windenergie zu fördern; zweitens, das Windenergiepotenzial von 600 Gigawattstunden pro Jahr aktiv anzustreben; drittens, genug geeignete Windstandorte in den kantonalen Richtplan (KRIP) aufzunehmen; viertens, die Bewilligungsverfahren für Windenergieprojekte massiv zu beschleunigen; und fünftens, die kantonale Zonenplanung mit dem Baubewilligungsverfahren zusammenzulegen.
Die Petentinnen und Petenten begründeten das Anliegen wie folgt: Im KRIP sind seit 15 Jahren Windstandorte ausgeschieden. Es drehe aber noch kein einziges Windrad. Zudem seien gemäss Potenzialstudie des Bundes 600 Gigawattstunden pro Jahr möglich; geplant sind aber erst die Standorte für 124 Gigawattstunden. Windenergie sei ein Schlüssel für die sichere Stromversorgung der Schweiz im Winter. Während die Realisierung in Baselland 15 bis 30 Jahre dauern könne, seien es im Ausland 3 bis 5 Jahre – darum müsse das Verfahren beschleunigt werden.
Die BUD erklärte, dass die Windenergie wie alle Energieträger Vor- und Nachteile habe. Man brauche sie ergänzend zur Fotovoltaik, um die Winterstromlücke beheben zu können und dadurch zur Verbesserung der Versorgungssicherheit beizutragen. Zu den einzelnen Forderungen äusserte sich die Vertretung der BUD wie folgt: Die finanzielle Förderung liegt in erster Linie beim Bund und der Kanton sei bereits daran, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Zur Ausnutzung des Windenergiepotenzials wurde gesagt: Im Objektblatt VE 2.4 des KRIP sei vermerkt, dass bis zu 500 Gigawattstunden rentabel gewonnen werden können; dazu sei man im Austausch mit der Windenergiebranche. Betreffend Aufnahme von genügend Standorten: 2013 waren die Gebiete im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler noch ausgeschlossen. Das ist jetzt aber wegen einer Änderung des Bundesgesetzes nicht mehr der Fall. Man darf jetzt dort eine Interessensabwägung vornehmen – und eine Vorlage sei im Herbst 2026 für den Landrat vorgesehen. Betreffend Bewilligungsverfahren für Windenergievorhaben, die massiv beschleunigt werden sollen, und betreffend der Zusammenlegung der Bewilligungsverfahren: In der Antwort zum Postulat 2023/460 hat der Regierungsrat vorgeschlagen, im Rahmen des Energieplanungsberichts 2026 Gesetzesanpassungen vorzunehmen. Seit April 2026 sei der Kanton vom Bund sowieso aufgefordert, ein solches Verfahren für Solar- und Windenergieanlagen von nationalem Interesse einzuführen. Die Vorlage solle noch 2026 in die Vernehmlassung gehen.
Die Petitionskommission hat festgestellt, dass sowohl die Anstrengungen der Petentinnen und Petenten, als auch diejenigen der kantonalen Behörden in die gleiche Richtung zielen. Die Petitionskommission empfiehlt darum mit 4:1 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Überweisung als Postulat – im Sinne der Stärkung der Bemühungen des Regierungsrats.

– *Eintretensdebatte*

Konrad Widmer (SVP) sagt, die Vereinfachung von Bewilligungsverfahren sei voll auf der Linie der SVP. Muss dies aber genau beim Thema Windanlagen sein? Die Fraktion hat hier ihre Vorbehalte. Erstens ist dies eine Energieproduktion, die nur hochsubventioniert überhaupt eine Chance hat, dass irgendwelche Projekte realisiert werden – das verteuert am Schluss den Strom, wenn man die ganze Rechnung macht. Dem Redner ist ein anderes Argument fast wichtiger: Windräder sind mit 200 Metern Höhe ein massiver Eingriff ins Landschaftsbild. Ganz egal, wo in der Schweiz

sie stehen. Das ist persönlich Grund genug, dagegen zu sein.
Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung der Petition als Postulat.

Die SP-Fraktion steht einstimmig hinter der Petition, sagt **Rolf Stöcklin** (SP). Es ist eine zukunftsgerichtete Energie. Im Vergleich zu anderen Produktionsformen können die Anlagen relativ einfach abgebaut werden, wenn man andere Energieträger finden würde. Windenergie ist umweltfreundlich. Ästhetisch ist es immer die Frage, was einem gefällt – ob man einen Blick auf die Energiezukunft hat oder den Landschaftsschutz höher gewichtet als die Energieversorgung.

Persönlich ist **Heinz Lerf** (FDP) der Meinung, dass die Petition von der BUD schon sehr umfassend beantwortet wurde. Eine Überweisung als Postulat würde – so die persönliche Einschätzung – nicht viel Neues an den Tag bringen. Das war der Grund, warum der Redner sich in der Kommission enthalten hat. Er könnte aber mit einer Überweisung leben.

Gemäss einer Potenzialstudie des Bundesamts für Energie hat die Schweiz bei der Gewinnung von Windenergie eine Kapazität von 30 Terawattstunden pro Jahr, sagt **Gzim Hasanaj** (Grüne). Die Schweiz verbraucht momentan 60 Terawattstunden Strom pro Jahr. Das Land hätte das Potenzial, die Hälfte des Stroms durch Wind zu gewinnen – dieses Potenzial wird aber brach liegen gelassen. Weil der Energiebedarf mit der zunehmenden Elektrifizierung der Mobilität, der Heizungen etc. steigen wird, ist sehr wichtig für die Zukunft, dass mehr Energie gewonnen wird. Die Windenergie ist die perfekte Ergänzung zu Fotovoltaikanlagen, die sowieso am Zunehmen sind. Weil 60 % der Windenergie im Winter gewonnen wird, wäre dies die perfekte Lösung, um die Winterlücke zu schliessen. Damit könnte man den grössten Teil der Energie in der Kombination von erneuerbaren Energien gewinnen.
Während es hier 15 bis 30 Jahre dauert, um eine Anlage zu bauen, schaffen es die anderen Länder in drei bis vier Jahren. Österreich zum Beispiel, das eine vergleichbare Grösse wie die Schweiz hat, hat über 1400 Windräder. In der Schweiz sind es etwa 50. Es ist eigentlich eine Schande, dass unsere Nachbarn mit vergleichbarer Grösse in so einer riesigen Disproportion zur Schweiz stehen. Es geht einfach darum, jetzt vorwärts zu machen. Der Bund hat im April einen Erlass verabschiedet, dass diese Verfahren gestrafft und zusammengelegt werden.
Deswegen ist die Grüne/EVP-Fraktion einstimmig für die Überweisung. Was die Schönheit der Windräder angeht: Über die Ästhetik muss man nicht streiten. In Holland zum Beispiel gehören die Windmühlen zur Kultur und zum Land. Auf dem Gotthardpass gibt es einige Windräder. Es hat etwas Wunderschön-Majestätisches, wie sie sich da langsam in ihrer Grösse drehen.
Der Landrat sollte das Anliegen unbedingt unterstützen.

Thomas Hafner (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion werde die Petition als Postulat überweisen. Die Windenergie hatte im Baselbiet bisher keine Chance. Es gibt kein einziges Windrad, das hier dreht. Es wäre gut, wenn man dies in den Richtplan aufnehmen würde, um den vereinzelten Rädern wenigstens die Chance zu geben, dass sie zum Drehen kommen. Die Windenergie ist sicher im Winter und auch nachts eine Möglichkeit, mehr Energie zu produzieren.

Die GLP-Fraktion unterstützt die Petition einstimmig, so **Manuel Ballmer** (GLP). Man konnte es von verschiedenen Vorrednern hören: Die Windkraft ist eine sehr gute Ergänzung beim Winterstromproblem. Es gibt auch Argumente, die man auf SVP-Seite ins Feld führen könnte, die ja anscheinend kategorisch gegen Windkraft ist. Beim Traktandum 65 wird man das militärische Schicksalsjahr 2028 diskutieren, wo es um Readyness geht. Wenn der Landrat Kriegsszenarien durchdenkt, müsste man vielleicht auch bei der Energie die Versorgungssicherheit bedenken. Dort wäre eine Diversifikation gut – und Windkraft gibt es in Baselland noch viel zu wenig.
Es muss auch etwas leichte Kritik geübt werden. Es gibt – dies als Korrektur – Windkraft im Basel-

land. Es gibt ein Windrad; es ist über 30 Jahre alt und entspricht nicht mehr der neuen Technologie. Es wurde aber offenbar letztes Jahr revidiert beziehungsweise es ist geplant, ein neues Modell hinzustellen. Aber auch bei den grossen und effektiven Windrädern geht es leider nicht vorwärts. Zum Beispiel Muttenz: Dort wurde ein Windrad schon lange vom Souverän bewilligt. Leider ist auch zu hören, dass es verwaltungsintern Diskussionen gibt. Und da ist man beim Thema: Die Bewilligungsverfahren sind einfach zu langsam. In anderen Kantonen gibt es einschlägige Beschleunigungsgesetze, wie es das auch auf Bundesebene gibt. Teils wird auch an diesen Gesetzen gearbeitet. Das ist in Baselland leider noch nicht unterschriftsreif. Es gibt Verzögerungen bei der kantonalen Windstrategie. Die Verwaltung sollte also vorwärts machen.
An die FDP oder an Heinz Lerf: Es gibt Leute in dessen Umfeld, die dem Thema etwas abgewinnen können. Zumindest hatte der Redner sehr Freude an einer Motion von Rolf Blatter, in welcher der Regierungsrat aufgefordert wird, die Plangenehmigungsverfahren für Windanlagen zu prüfen, damit man hier vorwärtskommt. Rolf Blatter ist sicher dieser Meinung, weil er erkannt hat, dass die Windkraft eben nicht hoch subventioniert ist, wie die SVP sagt; sondern weil er weiss, dass das eine Technologie ist, die als Ergänzung perfekt ist – und dass sie eine der günstigsten Energiearten ist, wenn man wirklich die Vollkosten rechnet. Das Landschaftsbild ist bisschen beeinträchtigt, das stimmt. Auf dem Sulzchopf zum Beispiel sieht man, wenn man über den Rhein schaut, bei Schopfheim die drehenden Rädchen in der Distanz. Dem Redner geht es gleich wie Gzim Hasanaj. Er hat jedes Mal eine Freude, wenn er sie sieht. Der Redner hat den FDP- und SVP-Kollegen hoffentlich ein paar Argumente mitgegeben, weshalb man im Hinblick auf 2028 vielleicht auch in Baselland ein Windrad haben sollte.

Thomas Noack (SP) sagt zur Klärung, er sei Vorstandsmitglied des Vereins Pro Wind, der die Petition eingereicht hat. Sie soll kurz eingeordnet werden. Dazu sei aus dem Energiegesetz des Kantons zitiert. Das Gesetz will, dass nicht erneuerbare Energie möglichst durch erneuerbare Energie ersetzt wird, die Abhängigkeit von importierter Energie vermindert wird. Und: Der Anteil der erneuerbaren Energie am Gesamtenergieverbrauch ohne Mobilität soll im Jahr 2030 40 % betragen. Zur Geothermie hat der Landrat ja bereits einstimmig eine Motion überwiesen. Das war ein guter Schritt. Jetzt wäre es wichtig, dass der Kanton auch bei der Nutzung des Winds endlich vorwärts machen würde. Wo steht man im Moment mit der Nutzung der Windenergie im Kanton Baselland? 2015 hat der Landrat den kantonalen Richtplan beschlossen. Der Richtplan ist immerhin ein behördenverbindliches Instrument. Der Richtplan geht davon aus, dass bis 2030 20 bis 30 Gigawatt Strom pro Jahr produziert werden könnten. Insgesamt zeigen Studien, dass mit grossen Windanlagen im Kanton Baselland 500 bis 600 Gigawattstunden Strom produziert werden könnten – und das sowohl rentabel wie auch notabene landschaftsverträglich.
Im Richtplan hat der Landrat sechs Potenzialgebiete festgesetzt, wo Windanlagen gebaut werden sollten. Elf Jahre später ist ausser in Muttenz noch keine Windanlage in Sicht – und schon gar keine gebaut. Man ist definitiv nicht auf Kurs. Heute müssen die Gemeinden nach der Festsetzung im Richtplan in ihrem Zonenplan die entsprechenden Zonen ausscheiden. Das ist ein relativ aufwendiges Planungsverfahren – und am Schluss muss die Gemeindeversammlung darüber abstimmen. Zudem gibt es noch die Möglichkeit, Einsprachen bis vor Bundesgericht zu ziehen. Vor allem die kleinen Gemeinden, die den behördenverbindlichen Richtplan jetzt in die Nutzungsplanung umsetzen sollen, sind mit dieser Aufgabe überfordert. Der Redner darf das als Gemeinderat und auch als ehemaliger Leiter der Bau- und Planungsabteilung der Stadt Liestal sagen. Und dann muss der Investor noch ein Baugesuch ausarbeiten – noch einmal mit Einsprachemöglichkeiten bis vor Bundesgericht.
In den letzten Jahren waren die Investoren sehr zurückhaltend, weil die Projektrisiken sehr hoch sind – nicht wegen der technischen Schwierigkeiten, sondern, weil das Bewilligungsprozedere so aufwändig ist und die Investoren heute im zweistufigen Verfahren mit sehr hohen Hürden bis zu

einer rechtsgültigen Baubewilligung rechnen müssen. Stattdessen investieren die Energieversorger lieber in Windenergieanlagen im Ausland, weil das Bewilligungsverfahren dort viel schneller geht. Wenn man in absehbarer Zeit im Baselbiet Windenergie nutzen will, muss man ganz dringend das Bewilligungsverfahren straffen und die Kompetenzen der Gemeinden zum Kanton verschieben. Gemäss dem Beschleunigungserlass für Energieanlagen von nationaler Bedeutung müssen die Kantone für die Bewilligung von Solar- und Windenergieanlagen von nationalem Interesse die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen für ein kantonales Planungsgenehmigungsverfahren einführen. Die Anlagen, die im Richtplan festgesetzt sind, haben nach Meinung des Redners diese Bedeutung. Für diese Anlagen muss die Planung rasch an den Kanton übergehen – und sie soll in Zukunft in *einem* Verfahren erfolgen (Planfeststellung und Baugesuch). Dafür muss der Regierungsrat jetzt rasch einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten. Die Petition fordert den Regierungsrat auf, die Bewilligungsverfahren massiv zu beschleunigen. Das Bundesgesetz erlaubt sogar explizit, dass der Kanton das Verfahren auf Verordnungsstufe regeln könnte, bis die Gesetzesbestimmungen zum kantonalen Plangenehmigungsverfahren in Kraft sind.
Warum ist die Diskussion so wichtig? Zunächst, weil man sich im Baselbieter Energiegesetz klare Ziele gesetzt hat – unter anderem die Verminderung der Abhängigkeit von importierter Energie und die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie auf 40 % bis ins Jahr 2030, also bis in vier Jahren. Öl und das Gas muss man immer noch von weit her holen – und die Energie, die darin steckt, wird verbrannt. Damit wird viel zu viel CO_2 in die Luft ausgestossen. Man zahlt jedes Jahr CHF 8 Mia. für den Energieinhalt und den Transport sowie den Gewinn der Ölmultis. Die Energie des Winds ist gratis. Selbstverständlich braucht es Turbinen, die aus dem Wind Strom machen – und ja, sie müssen auch gewartet werden. Das kostet auch Geld, aber das sind Investitionen, die sich über die Laufzeit einer Anlage rechnen.
Der zweite Grund ist fast noch wichtiger. Der Ausbau der Windanlagen leistet gemäss allen Berichten, die der Redner kennt, als Ergänzung zur Solarenergie einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Stromversorgung im Winter. In der kürzlichen Debatte zur Blackout-Initiative im Nationalrat hat Christian Imark von der SVP den Atomkraftgegnern vorgeworfen, sich nicht um das Problem der Winterstromlücke zu kümmern. Der Landrat könnte mit der Überweisung als Postulat genau hier einen wichtigen Beitrag leisten. Jetzt wäre es wichtig, dass der Landrat dem Regierungsrat mit der Überweisung dieses Postulats einen guten Auftrag gibt, die Gesetzesgrundlage für die Bündelung dieser Verfahren in *einem* Verfahren zu schaffen – und die planerischen Voraussetzungen für die Projekte, die im Richtplan festgesetzt sind, auf dem Verordnungsweg zu schaffen. Die SP-Fraktion ist wie gesagt einstimmig für die Überweisung dieses Postulats.

Yves Krebs (GLP) spricht von einem Trauerspiel, was die Windkraft in der Schweiz anbelangt. Es ist im Kanton Baselland noch mehr ein Trauerspiel. Es ist unfassbar. Darum braucht es jetzt einen fadengeraden und unmissverständlichen politischen Auftrag an den Regierungsrat. Er soll sich in Zukunft auch nicht mehr von solch einem eigenartigen Verein einschüchtern lassen, der irgendwelche Geschichten über Vogelzerhackmaschinen und hochsubventionierte Anlagen erzählt. Im Unterschied zu den anderen Energieträgern können Windkraftanlagen komplett ohne Subventionen betrieben werden. Es gibt Investoren, die hier gerne investieren möchten – sie machen aber einen grossen Bogen ums Baselbiet, weil es nicht attraktiv ist. Es geht alles viel zu lange. Sie investieren darum im Ausland. Eigentlich sollte man dafür sorgen, dass die Wertschöpfung hier stattfindet und nicht anderswo. Darum soll der Regierungsrat diesen Auftrag erhalten und umsetzen – auch im Sinne der Beschlüsse, die in Bundesbern gefallen sind.

Rolf Blatter (FDP) dankt Manuel Ballmer für die Blumen. In der Tat kam der angesprochene Vorstoss zur Beschleunigung der Prozeduren damals vom Redner. Das gilt natürlich nicht nur für Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie, sondern ganz generell. Denn die Bewilligungsdauer,

die man heute noch erleiden muss, gilt nicht nur für Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien produzieren. Auch für ein ganz gewöhnliches Baugesuch hat man heute noch eine Dauer, die viel zu lang ist.
Grundsätzlich ist der Redner aber eher bei Konrad Widmer, der sagt, Windenergie sei eine teure Energie. Der Bedarf an Beton pro produzierte Kilowattstunde ist enorm hoch – da könnte auch Andi Trüssel noch etwas dazu sagen. Höchstwahrscheinlich würde eine Kilowattstunde Windenergie, wenn sie kostenmässig berechnet würde, auf CHF 1 an Produktionskosten kommen, gemessen an der Welle des Motors. Das hängt letztlich damit zusammen, dass die Schweiz kein Windland ist. Wenn man mit Herstellern von Windenergieanlagen spricht, dann hört man immer wieder, es brauche über die Zeit eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von 6 m/s. Das gibt es hier einfach nicht. Nur aus ideologischen Gründen heisst es aber, man mache dies trotzdem, weil es in unserem Land doch immer mal wieder winde. Windenergie macht keinen Sinn.
Wahrscheinlich bieten die allermeisten EVU sogenannten grünen Strom an, der einen kleinen Mehrpreis von vielleicht 2 Rappen pro Kilowattstunde hat. 3 % der Kunden wollen freiwillig den Aufschlag für sogenannten grünen Strom zahlen. Vornedurch erzählt man, man wolle unbedingt grüne Energie – und wenn man die Möglichkeit hätte, das finanziell zu unterstützen, machen es die Leute dann doch nicht. Genau das gleiche gilt bei den freiwilligen Aufschlägen für Flugtickets. Das machen nämlich auch nur 3 %.
30 Terawattstunden Potenzial der Windenergie – das entspricht 50 % der heutigen elektrischen Energieleistung der ganzen Schweiz. Das glaubt Gzim Hasanaj ja selber nicht! Das ist einfach nicht so.
Der Redner wollte die Verfahren beschleunigen. Eine Verfahrensbeschleunigung dient allen. Das heisst aber im Umkehrschluss nicht, dass er automatisch für die Förderung der Windenergie ist. Er wird das Postulat nicht überweisen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) sagt, es seien noch sieben Sprechende auf der Liste, und bittet um kurze und prägnante Voten. Die meisten bisherigen Redner haben mehr als drei Minuten gesprochen.

Christine Frey (FDP) überzeugt die Überweisung dieser Petition als Postulat nicht. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass viele der Forderungen bereits in Arbeit sind. Zusätzliche Windpotenzialgebiete werden geprüft, Verfahren sollen beschleunigt werden – und seit April gelten neue bundesrechtliche Vorgaben für die Anlagen von nationalem Interesse. Wenn die Verwaltung bereits an diesen relevanten Themen arbeitet, schafft der Landrat mit der Überweisung vor allem Berichte und Doppelspurigkeiten, aber kaum zusätzliche Wirkung.
Grundsätzlich sollte man die tatsächlichen Möglichkeiten der Windkraft realistisch einordnen. Auch die Petition selber zeigt, dass trotz den seit Jahren definierten Potenzialgebieten bis jetzt kein einziges Projekt realisiert werden konnte. Das hat Gründe, denn geeignete Standorte sind begrenzt, die Verfahren sind komplex und die Akzeptanz vor Ort oft gering. Windenergieanlagen, das wissen alle, bedeuten sichtbare Eingriffe ins Landschaftsbild, sie haben Auswirkungen auf Natur und Tierwelt – und sie stossen gerade in dicht besiedelten Regionen oft auf Widerstand. Die Realität lässt sich nicht einfach mit mehr politischem Druck wegdenken.
Ein betrachtenswertes Argument ist auch, dass Windenergie häufig als saubere Form der Stromproduktion dargestellt wird. Im Betrieb ist sie CO_2-arm, doch eine vollständige Betrachtung endet nicht beim Stromzähler. Auch Bau, Rohstoffe, Rückbau und Entsorgung gehören zur Gesamtbilanz. Gerade die Entsorgungsproblematik der Rotorblätter ist überhaupt noch nicht zufriedenstellend gelöst. Sie bestehen oft aus mit Glas- oder Kohlenstofffasern verstärktem Kunststoff. Solche Verbundmaterialien sind leicht, stabil und langlebig, aber genau darum am Ende ihrer Lebensdauer schwierig zu verwerten. Wer die Windkraft ausbauen will, muss darum Rückbau und Entsor-

gung von Anfang an mitdenken. Es genügt nicht, eine Technologie als grün zu bezeichnen. Entscheidend ist, ob sie über den ganzen Lebenszyklus überzeugt – wirtschaftlich, ökologisch und auch gesellschaftlich. Und: Die Schweiz ist kein Windland. Es gibt hier 30 bis 70 % weniger Wind als bei Offshore-Anlagen. Aus Sicht der Rednerin braucht es keine ideologisch getriebene Fixierung auf einzelne Technologien, sondern eine technologieoffene und wirtschaftlich vernünftige Energiepolitik. Versorgungssicherheit erreicht man nur mit einem ausgewogenen Energiemix, der verschiedene Lösungen berücksichtigt und Kosten sowie Akzeptanz ernst nimmt.
Darum ist die Rednerin der Meinung, dass ein zusätzlicher parlamentarischer Auftrag nicht notwendig ist. Die Anliegen werden bereits aufgenommen und bearbeitet. Entscheidend ist jetzt die Umsetzung von dem, was bereits aufgegleist wurde – und nicht eine weitere Überweisung von weitgehend identischen Inhalten. Darum lehnt die Votantin die Überweisung der Petition als Postulat ab.

Marc Schinzel (FDP) sieht die Dinge etwas anders. Er ist kantonaler Delegierter der FDP Schweiz – und die FDP Schweiz hat in ihrem Positionspapier Stromversorgungssicherheit von 2025 eine strikte Technologieneutralität verlangt. Das ist eine Grundhaltung der FDP Schweiz. Sie lehnt jedes Denkverbot in der Energiepolitik ab. Um die Klimaziele zu erreichen und die Versorgung sicherzustellen (das ist alles die Haltung der FDP Schweiz), sollen alle CO_2-neutralen Energieträger gleichberechtigt gefördert werden. Wie bekannt ist die FDP Schweiz generell – der Redner unterstützt das – auch gegen ein Denkverbot bei der Atomenergie, also betreffend Kernenergieverbot. Wenn man aber dort gegen ein Denkverbot ist, kann man nicht dagegen sein, dass man auch die Windenergie als Energieträger prüft, der die Solarenergie ergänzt. Man kann man wohl nicht bestreiten, dass Windenergie genau in der Zeit wirkt, wenn im Winter keine Solarenergie erzeugt wird.
Die FDP Schweiz will – der Redner fühlt sich dieser Position zwar nicht sklavisch verpflichtet, aber doch verbunden, weil das so beschlossen wurde und es insgesamt eine gute Position ist – den Ausbau aller erneuerbarer Energien (Solar-, Wind- und Wasserkraft) fördern. Die Partei sagt aber auch, dass sich das stets am Markt und an der Wirtschaftlichkeit orientieren muss. Nun wurde aber gesagt, der Kanton gehe in diese Richtung. Mit diesem Postulat ist ja in keiner Art und Weise gesagt, dass man irgendwo schon einen fixen Standort hat, wohl aber all diese Faktoren und Fragen geprüft werden. Wie gehört dauert hier alles sehr lange. Man kann auch nichts dagegen haben, wenn man Ja- oder Nein-Entscheide statt in 15 Jahren schon in 3 Jahren hätte.
In diesem Sinne und im Sinn der FDP Schweiz unterstützt der Redner die Überweisung.

Andi Trüssel (SVP) dankt Christine Frey, dass sie das Postulat schon beantwortet hat. Es ist damit genügend beschrieben. Ein Postulat schafft kein Gesetz. Dazu braucht es eine Motion. Bei einem Postulat wird nur geprüft und berichtet.
Für alle, die das Gefühl haben, Energie könne man erzeugen: Energie ist in fester, flüssiger oder gasförmiger Art vorhanden und wird mit den notwendigen Verlusten gewandelt. Damit dies wieder einmal gesagt ist. Es soll auf Aussagen der Direktoren von Primeo, EBL und IWB verwiesen werden: Im Oktober des letzten Jahres gab es im Haus der Wirtschaft ein Podium mit etwa 250 Leuten. Am Schluss hat der Redner die höfliche Frage gestellt, ob die drei Herren weiterhin in Fotovoltaik und in Windkraft investieren würden, wenn es keine Subventionen gäbe. Die Antwort war eindeutig nein. Und Leonhard Birnbaum, CEO der E.ON, dem grösstem Energiekonzern in Deutschland, sagte am 15. August letztes Jahr öffentlich, es brauche die Wende von der Energiewende. Sie sei zu teuer, kopflos und ineffizient.
Man muss auch die Windgeschwindigkeiten in der Schweiz ansehen. Rolf Blatter hat es schon gesagt, sie liegen bei knapp 4 m/s. In der Nordsee sind es 8 m/s. Wenn man eine Windanlage von 2 Megawatt in der Nordsee aufstellt, dann liefert sie tüchtig Strom. Die Schweiz kennt aber nur die

Hälfte dieser Windgeschwindigkeit. Das ergibt nicht die Hälfte der Energie: Mit der Windgeschwindigkeit in der dritten Potenz steigt oder sinkt die Energie. Die gleiche Anlage an der Nordsee müsste man in der Schweiz acht Mal aufstellen, um die gleiche Energiemenge zu erzeugen. Wenn man etwa in Haldenstein durchfährt, so kann man sagen, dass es im Rheintal tüchtig windet. Aus dem Bauchgefühl heraus hat der Redner gesagt, die dortige Anlage laufe mit etwa 50 %. Gemäss Calandawind sind es 19,2 % – sie bekommen dafür im Jahr CHF 900 000. Das ist also subventionsintensiv – und den bezogenen Strom bezahlt man als Stromkonsument. Man kann die Stromrechnung ansehen: Von 100 % sind 65 % Abgaben und Gebühren, Netzdienstleistungen (so heisst das geflügelte Wort) und Mehrwertsteuer. Nur 35% zahlt man für die bezogenen Kilowattstunden. Aber es ist eben schwierig, wenn man Kilowatt nicht von Kilowattstunden unterscheiden kann.
Die Energiewandler liefern vielfach dann, wenn man es auf dem Netz nicht braucht. Was ist am 1. Mai passiert? Es war ein wunderschöner Tag mit Sonnenschein und Wind. Was kostete die bezogene Kilowattstunde? Man hat Geld bekommen – 49,5 Euro-Cents. Wenn man also *Pfuus* weggenommen hat, hat man noch Geld bekommen. Was ist das für ein Irrsinn? Man kann die Energiewandler, die fluktuierend liefern, eben nicht so regeln, wie sie geregelt sein müssten. Jetzt kommen die Ideen auf, das virtuell zu regeln, man habe dies regeltechnisch im Griff. Das deutsche Energieministerium hat den Universitäten im Januar gesagt, es werde Zeit, dass man vorwärtsmache mit diesen Regulierungen, weil es nicht laufe. Und wenn es keine rotierenden Massen wie grosse Generatoren gibt, die das Netz ein bis zwei Sekunden stabil halten können, bis Sekundär- und Tertiärregelungen eingreifen, liegt das Netz am Boden.
Darum sollte man das Geld dezidiert dort einsetzen, wo es richtig eingesetzt ist. Und noch schnell zu Muttenz: Erst die Zonenplanänderung hat dort stattgefunden, es gibt noch keine Baubewilligung. Es wird also kurzfristig keine Anlage in der Muttenzer Hard geben, wo man das Gefühl hat, der Möhlin-Jet würde das Ding antreiben. Dieser Wind geht vorher schon in den Schwarzwald. Der Landrat soll das Postulat ablehnen.

Roger Boerlin (SP) fragt sich: Warum klemmt es ausgerechnet in Muttenz? In der Volksabstimmung wurde klar beschlossen, dass man das Windkraftwerk in der Hard will. Als der Redner gefragt hat, wo die Sache klemmt – bei der Firma, der Gemeinde oder beim Kanton – hat er weder vom Kanton noch von der Primeo eine plausible Antwort bekommen. Diese Frage steht immer noch im Raum. Vielleicht wird sie heute beantwortet. Es ist aber wichtig, dass der Landrat zumindest die Petition in ein Postulat umwandelt. Es ist klar, dass es um ein Prüfen und Berichten geht – aber manchmal führt dies einen Schritt weiter in Richtung Gesetzesänderung.

Die Wortmeldungen haben **Yves Krebs** (GLP) dazu gebracht, sich noch einmal zu melden. Er kann sie nicht auf sich sitzen lassen. Was ist eigentlich die Aufgabe des Landrats? Er hat die Rahmenbedingungen zu setzen und nicht zu beurteilen, ob es Wind gibt bzw. was sich rentiert. Betreffend diesen Gestehungskosten von CHF 1: Es ist unklar, woher die Zahlen kommen. Aus den 70er Jahren? Windkraft, ob subventioniert oder nicht, ist die mit Abstand günstigste Form der Energiegewinnung, sie verursacht 4 bis 6 Rappen Gestehungskosten. Wie man auf CHF 1 kommen kann, entzieht sich der Kenntnis des Redners. Anstatt über die Subventionen bei der Windenergie zu schimpfen, würde man besser über die komplett überregulierte und hochsubventionierte Gesamtlandschaft der Energie schimpfen. Hier muss sich die Windenergie auch behaupten. Fakt ist aber: Die Investoren stehen Schlange. Man kann den Entscheid, ob es sich rentiert, den Investoren überlassen, die einen Return on Invest brauchen – aber nicht den Politikern, vor allem nicht Leuten aus einer gewissen Ecke.

Fredy Dinkel (Grüne) richtet seinen Dank an zwei, drei Vorredner. So an Marc Schinzel, mit dem er nicht immer der gleichen Meinung ist. Hier aber ist dies der Fall. Man muss technologieoffen sein und darf die Dinge nicht mit Scheuklappen anschauen. Die Grünen versuchen wirklich, sich

wissenschaftlich zu orientieren. Insofern ist man sich hier sehr nahe.
Der Redner hat in seinem Berufsleben viele Studien zur Gesamtumweltbelastung gemacht, unter anderem zur Energie; auch viele Ökobilanzen – dies an Christine Frey –, in denen man von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung alles anschaut. Wenn man die Bilanzen anschaut, dann sieht man, dass die Windenergie zu den besten Energieträgern gehört. Weil sie in einer Gesamtbilanz pro erzeugte Kilowattstunde im Vergleich mit anderen Energieträgern mit den geringsten Umweltauswirkungen verbunden ist – auch wenn sie Beton braucht, auch wenn es faserverstärkte Rotorblätter braucht.
Nicht alle Standorte sind gut in der Schweiz, es gibt weltweit auch bessere Standorte. Es gibt in der Schweiz aber Standorte, die 7 m/s und mehr haben. Natürlich muss man an den guten Standorte etwas machen. Kein Investor ist so blöd und baut an einem windstillen Standort eine Windturbine. Um aufzunehmen, was Yves Krebs gesagt hat: Wenn der Landrat die Petition als Postulat überweist, sagt er ja keinem Investor, wo er bauen muss. Man legt nur die Rahmenbedingungen fest. Danach sollen die Investoren entscheiden. Man legt ihnen aber keinen Stein im Weg. Der Redner hofft, dass der Landrat zum Postulat Ja sagt und etwas für die Windenergie macht.

Marco Agostini (Grüne) hat zuvor gehört, dass die Schweiz kein Windland ist. Welche Rohstoffe gibt es aber, um Energie zu produzieren? Andi Trüssel hat von flüssigen, gasförmigen oder festen Stoffen gesprochen. Öl gibt es nicht in der Schweiz. Gas gibt es praktisch nicht in der Schweiz. Kohle hat man nicht in der Schweiz. Uran gibt es hier ebenfalls nicht. Was man aber in der Schweiz hat, ist Wind, Wasser und Sonne. Man soll also nicht erzählen, die Schweiz sei kein Windland. Es ist erst recht kein Öl-, kein Gas- oder Uranland. Das muss alles teuer importiert werden. Und: Christine Frey hat zuvor vom Rückbau der Windanlagen gesprochen. Dieses Problem ist noch nicht gelöst. Das ist bei einem AKW aber auch nicht der Fall. Beim Uran und den radioaktiven Abfällen gibt es noch keine Lösung. Da kann die Gegenseite noch lange lachen. Kein AKW-Hersteller hat ein Konzept. Bei der Verbrennung von Öl, Gas und Kohle haben BP oder Shell in den 60er und 70er Jahren nicht gesagt, wie man das CO_2 aus der Luft holen kann.
Und drittens: Was hier gesagt wird, ist alles interessant. Es wäre aber interessanter zu hören, was ein künftiger Baudirektor sagen würde. Ein möglicher Kandidat sitzt hier im Saal. Philipp Schoch würde das Thema Windenergie ganz sicher promoten – weil er für Technologieoffenheit ist. Man kann ihn fragen. Ist der mögliche Baudirektor im Saal wie die SVP auch dagegen, dass die Windenergie gefördert wird? Das wäre interessant; er dürfte sich aber nicht trauen, dies zu sagen.

Peter Hartmann (Grüne) nimmt Bezug auf die Behauptung, die Schweiz sei kein Windland. Es kommt dem Redner vor, als ob man gerne den Nachsatz anbringen würde: Am liebsten bleiben wir bei Öl und Gas. Bei der Behauptung, dass die Schweiz kein Windland ist, fühlte sich der Redner etwas zurückversetzt in seine Jugend. Als er etwa 16 Jahre alt war, nahmen Fotovoltaik und Solarenergie langsam Fahrt auf. In der Schweiz gab es die Tour de Sol – ein Rennen durch die Schweiz mit Fahrzeugen, die mit Fotovoltaik angetrieben waren. Aber es hiess: Die Schweiz ist kein Land für Solar- und Fotovoltaik. Das solle man in Afrika machen oder in Spanien und Süditalien machen. Mit diesen Argumenten wurde eine neue Technologie in der Schweiz jahrelang zurückgehalten. Heute hat man den Beweis, dass auch Fotovoltaik ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgung ist. Man ist sich wohl einig: Wichtig ist der Mix von verschiedenen Energieformen.
Zur Behauptung schliesslich, es müssten Unmengen von Beton für ein Windrad verbaut werden. Der Redner war im Komitee, das sich für die Windenergieanlage in Muttenz eingesetzt hat. Bei einer Nabenhöhe von 135 Metern ist ein Betonfundament von 20 Metern Durchmesser und 2,5 Metern Höhe notwendig. Da ist eigentlich eine verschwindend kleine Menge, wenn man schaut, was alles mit Beton verbaut wird. Physisch ist wohl kein anderer Energieträger so schnell auf- und wieder abgebaut. Darum sei dem Landrat ans Herz gelegt, die Petition als Postulat zu überweisen.

Thomas Noack (SP) sagt zur Bemerkung, die Schweiz sei kein Windland: Das Bundesamt für Energie sagt, dass die Schweiz 29,5 TWh Windkraft produzieren könnte. Man kann diese Zahl in Frage stellen. Es ist aber zumindest eine offizielle Zahl. Das ist in der Grössenordnung mehr, als die AKW produzieren.

Andi Trüssel (SVP) will auf ein paar Punkte zurückkommen. Wenn er das Stichwort «umweltfreundlich» hört, dann sollte man die IPCC-Tabelle von 2018 ansehen. Das ist ja das Gremium, das sagt, was mit dem Klima abgeht. Wenn man eine Terawattstunde wandelt, steht die Kernkraft mit einem CO_2-Ausstoss von 12 Gramm für eine Kilowattstunde an erster Stelle. An zweiter Stelle steht die Wasserkraft mit 24 Gramm. An dritter Stelle die Geothermie mit 34 Gramm. An vierter Stelle steht die Windkraft mit 84 Gramm. Dabei ist alles eingerechnet, bei den Kernkraftwerken also auch Abbau und Entsorgung. An fünfter Stelle steht die Fotovoltaik mit 138 Gramm. Jetzt soll noch jemand sagen, dass man mit Rang 4 und 5 CO_2-neutral werden kann. Wenn man das angesprochene Baumaterial anschaut: Um 1 Terawattstunde zu wandeln, hat man bei den Windanlagen einen Faktor 11 gegenüber einem Kernkraftwerk. Bei den PV-Anlagen liegt man 18-mal höher. Die Fotovoltaik braucht 300-mal mehr Landfläche und für die Windkraft sind es 500-mal mehr. Das ist doch nicht ressourcenschonend.
Betreffend Subventionen: Wasser- und Kernkraftwerke haben verzinste, rückzahlbare Darlehen, aber keine Subventionen. Wenn die Betreiber von Windanlagen sagen, sie würden ein verzinstes Darlehen aufnehmen und es ohne Subventionen zurückzahlen, dann kann man wieder darüber reden. Das wird so aber nicht stattfinden. Es fliessen Subventionen – und das zahlen alle Stromkonsumenten.
Man habe kein Uran in der Schweiz, wurde gesagt. Die Generation 4 der Reaktoren, von denen drei Stück auf der Welt laufen, einer seit über 4 Jahren, «verbrutzeln» abgebrannte Brennstäbe. Alle Kernkraftwerke in der Schweiz haben im Moment ein Lager im Paul Scherrer-Institut. Es repräsentiert 800 Jahre Energiereserven. Man muss aber endlich vom Irrsinn dieser Religion weggekommen: «Kernkraftwerke, subsumiert mit Hiroshima» – das ist vorbei. Die neuen Kernkraftwerke laufen inhärent – ein Landrat hat lange beim ENSI gearbeitet und kann detaillierter und berufener berichten als der Redner. Sie laufen in sicherem Zustand ohne Energiezufuhr von aussen.
Das Postulat bringt nichts, ausser einer zusätzlichen Beschäftigung der Verwaltung; es wird nur geprüft und berichtet. Ändern wird es nichts; es gibt schon genug Vorstösse. Darum soll der Landrat die Überweisung als Postulat ablehnen.

Thomas Hafner (Die Mitte) will sich nicht mehr zu den Windrädern äussern. Zuvor wurde aber eine störende Aussage gemacht. Am Wochenende stehen Wahlen an. Marco Agostini soll aber hier drinnen keine Wahlpropaganda machen. Das ist nicht der Ort für solche Dinge.

Rolf Blatter (FDP) will zwei, drei Repliken anbringen. Marco Agostini hat gesagt, man wolle am liebsten bei Öl und Gas bleiben. Das ist im Bereich der Produktion von elektrischer Energie völlig irrelevant. Das ist nur Augenwischerei und Klamauk. Das hat mit dieser Diskussion nichts zu tun.
Zum Thema PV-Anlagen möge man sich daran erinnern, dass es vor knapp zwei Jahren einen Shutdown auf der iberischen Halbinsel gab. Einen knappen Tag war alles dunkel. Das hatte wesentlich damit zu tun, dass alle kleinen PV-Anlagen störende Oberwellen ins Netz schicken. Das hat dazu geführt, dass das gesamte Netz in Schwingung kam – während grosse Generatoren mit stabilisierenden Massen fehlten. An einem Anlass im Dezember hat der ehemalige Direktor des Bundesamts für Energie gesagt, die ETH Zürich habe bis heute keine Lösung, wie man diese störenden Wellen, die von jeder einzelnen PV-Anlage ins Netz gehen, behandeln kann. Man kann mit grossen Kondensatoren versuchen, die Wirkung zu dämpfen, aber dies ist im grossen Massstab technisch nicht gelöst.
Man weiss auch, wo der Standort Muttenz wäre, nämlich genau dort, wo jetzt die Grünabführung

der Gemeinde ist, etwa 10 Meter von der Autobahn weg. Man darf sich auf die Kommentare freuen, wenn dort jeden Tag 100'000 Autos durchfahren, wo ein Windrad mit einer Nabenhöhe von wahrscheinlich knapp 200 Metern mit einer Flügellänge von wahrscheinlich 80 oder 100 Metern steht. Das könnte die Leute ablenken und stören – und zu Unfällen führen. Es gibt nämlich Präzedenzfälle an anderen Orten der Schweiz, welche geometrische Distanz vom Verkehrsweg zum Windkraftwerk bestehen muss. Dass man jetzt im Hardwald im Abstand von 10 Metern ein riesiges Windrad aufstellen will, ist zumindest von der Verkehrssicherheit her fraglich.
Andi Trüssel hat es bereits gesagt: Das Postulat bringt rein gar nichts ausser Arbeit und Kosten und ist darum abzulehnen.

Zu den Aussagen von Andi Trüssel brauche es noch zwei Bemerkungen, sagt **Fredy Dinkel** (Grüne). Die Zahlen der erwähnten IPCC-Studie von 2018 stimmen zwar weltweit, sind aber für die Schweiz nur bedingt aussagekräftig: Insbesondere unterscheiden sich die Zahlen bei der Wasserkraft. Der Redner erinnert sich an eine Bilanz in Brasilien, die er selber erstellt hat – dabei wurde ein Tal mit aller Biomasse unter Wasser gesetzt, was zu sehr viel Methanemissionen führte. Das ist der Grund, warum die Durchschnittswerte der Wasserkraft in der Welt höher sind, als die von Atomkraftwerken – ansonsten ist die Wasserkraft in der Schweiz oder in Europa tiefer.
Das Klima ist ein wichtiges Thema, aber nicht das einzige: Bei einer Gesamtbilanz werden auch Gesundheit, Ökosysteme, Ressourcen und so weiter einberechnet. Unabhängig von der gewählten Bewertungsmethode wie ReCiPe, Ecological Footprint oder Umweltbelastungspunkten zeigt sich ein gleiches Bild: Wind- und Wasserkraft gehören hinsichtlich ihrer gesamten Umweltbelastung zu den am besten bewerteten Energieerzeugungsformen. Schlechter ist die Solarkraft und noch schlechter die Atomkraft. Und die fossilen Energien laufen bereits ausser Konkurrenz, weil sie so schlecht sind. Es ist wichtig, dass man dies in der Gesamtheit anschaut und nicht einfach das herausnimmt, was gerade ins Konzept passt – das gehört zur Technologieoffenheit und zur Wissenschaftlichkeit. Wind ist eine gute Ergänzung und gehört zu einem guten Energiemix, weil man zwei Drittel des Winds im Winter hat, wenn die Sonne weniger scheint. Dies führt es zu einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung.

Peter Hartmann (Grüne) nimmt nochmals Bezug auf Rolf Blatter und korrigiert die technischen Daten der Anlage in Muttenz: Die Nabenhöhe ist nicht bei 200 Metern, sondern wie zuvor gesagt bei 135 Metern. Die Länge des Rotorblatts ist etwa 60 Meter, daraus ergibt sich eine Maximalhöhe dieser Anlage von 200 Metern. Es wurden ganz viele Abklärungen gemacht, nicht nur, aber auch wegen der Autobahn. Dabei wurde das Bundesamt für Strassen einbezogen. Hierbei wurde ein sogenannter Stroboskopeffekt überprüft, der bei Licht- und Sonneneinstrahlungen entstehen könnten – in diesem Fall müsste man die Anlage abstellen. Enorm viele weitere Fragen und Überlegungen wurden bereits abgeklärt, mit dem Flughafen, wegen den Fledermäusen, wegen des Mittelspechts, wegen des Vogelzugs. Der Redner hofft, dass die Anlage bald realisiert wird.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, dass der Landrat nicht in die Windkraft investieren, sondern nur den Rahmen setzen müsse, um die Investitionen zu ermöglichen. Diese Aufgabe falle sowohl dem Landrat als auch dem Regierungsrat zu. Weil die Bewilligungsdauern viel zu lang sind, kann man auf den aktuellen Rahmen nicht stolz sein. Der Entscheid, ob man investieren soll oder nicht, kann man den Investoren überlassen – die Energieversorger im Kanton Basel-Landschaft sind private Firmen.
Zu Rolf Blatters Aussagen zu den Bewilligungsdauern: Wenn man ein Baugesuch einreicht und es keine Einsprachen gibt, wird es im Kanton Basel-Landschaft sehr zügig bewilligt. Es ist hingegen nicht konsistent, wenn man beim Thema Windkraft für eine extra lange Dauer eines Bewilligungsverfahren plädiert. Die Vertreter der regionalen Energieversorger waren gestern in der Bau- und Umweltdirektion zu Besuch und erklärten dabei einmal mehr, dass sie momentan mit ihren Investi-

tionen einen Bogen um den Kanton Basel-Landschaft machen. Das sollte nicht so sein. Wie richtigerweise gesagt wurde, ist die Schweiz nicht das erste Land mit Windkraft auf diesem Planeten – es gibt Länder, in denen es mehr Wind gibt. Auch das Baselbiet ist nicht unbedingt prädestiniert für die Windkraft – aber es gibt auch hier Standorte, die in Frage kommen.
Von Christine Frey wurde die Frage der Entsorgung aufgeworfen, was beim Redner Erstaunen ausgelöst hat. Richtig ist, dass man dieses Thema als Lifecycle betrachtet und auch die Entsorgung einberechnet. Es wäre erfreulich, wenn dieses Thema auch an anderen Orten miteinfliessen würde, beispielsweise bei den Atomkraftwerken. Andi Trüssel hat zuvor neue spannende Verwertungsideen für alte Brennstäbe vorgestellt, aber bis heute wird der Abfall beim PSI gelagert. In 50 Jahren wurde noch nicht der Nachweis erbracht, dass man dieses Problem lösen kann.
Was Andi Trüssel bezüglich Investitionen in Kernenergie gesagt hat, kann man nicht so stehen lassen: Zur Aussage, dass die Windkraft stark subventioniert werden müsse, während die Kernkraftwerke ein Selbstläufer seien, kann man den Axpo-Chef Christoph Brand zitieren: Er würde den Bau von zwei neuen Kernkraftwerken oder eine starke Investition in Wind- und Solarkraft befürworten. Aber eine Investition für Kernkraftwerke knüpft er an eine klare Bedingung, dass der Staat die finanziellen Risiken absichern muss – das macht er übrigens schon heute, denn Versicherungen für Atomkraftwerke sind sehr teuer. Daher ist es falsch zu sagen, dass Atomkraftwerke subventionsfreie Unternehmen sind.
Es geht nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen, aber man muss mit gleich langen Ellen messen. Das vorliegende Postulat bringt ausnahmsweise keine Bürokratie, weil der Kanton bereits seit April den Auftrag des Bundes hat, die Verfahren zu beschleunigen. Man ist daran, eine Vernehmlassungsvorlage zu erstellen. Am 30. Mai hat man beim Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) schon einmal den Puls gefühlt, wie die Thematik der Verfahrensbeschleunigung auf Gemeindeebene aussieht. Die Petition sieht der Redner als Unterstützung – sie macht keine neue zusätzliche Arbeit. Der Regierungsrat hat deshalb keine Einwände, wenn die Petition als Postulat überwiesen wird.

://: Eintreten ist unbestritten.

− *Beschlussfassung*

://: Mit 56:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Petition «Windkraft kann’s» als Postulat überwiesen.